

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrucker-Einrichtungen, hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 41 mm breite Zeitzeile (Messe's Zellenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Bretnia, Hanswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 18

Sonnabend, den 21. Januar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie aus Moskau gemeldet wird, soll Trotski am 27. Januar in Taschkent einreisen. Er wird sich dort zwei Tage aufhalten und dann nach Wrennj an der russisch-chinesischen Grenze weiter reisen. In seinem Verhörungsort wird sich Trotski mit einer literarischen Arbeit über den Marxismus beschäftigen.

Der Schulkreuzer „Berlin“ hat am 19. Januar Uden verlassen und befindet sich auf dem Wege nach Bombay, wo er am 26. Januar erwartet wird.

Der Zwischenfall Stegerwald Marz ist beigelegt.

In Hörde ereignete sich ein neues Hochwasserunglück. Ein Dornier-Superwal stellte den ersten Rekord für Wasserflugzeuge mit 4000 Kilogramm reinem Nutzlast auf einer 100 Kilometerstrecke. Dem ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien, der auf dem Dampfer „Sierra Morena“ in Buenos Aires zu einer Reise durch Südamerika eingetretten ist, ist das Verlassen des Schiffes und die Landung verweigert worden.

Ein Berliner Blatt meldet aus Paris: Der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning wurde am Freitag nachmittags zusammen mit dem Vizepräsidenten v. Hoelz vom Präsidenten der Republik, Doumergue, in besonderer Audienz empfangen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Gemeindeabend.) Wenn der Pulsnitzer Gustav-Wolff-Frauenverein in der Lage ist, eine so große Versammlung, wie sie zu dem öffentlichen Gemeinabend am letzten Donnerstag im „Grauen Wolf“ sich eingefunden hatte — der Saal war überfüllt —, um sich zu scharen und so Hervorragendes an gesprochenem und gelungenem Wort zu bieten, dann mag er ruhig recht bald wieder den Ruf ergehen lassen: Kommt. Das Haupt- und Herzstück des Abends bildet der Vortrag des Herrn Pfarrer Schmidt-Nadebeul über Bilder und Einblicke seiner Reise nach Rumänien-Siebenbürgen. Ob er auch eine Stunde lang ununterbrochen sprach, er wußte die Anwesenden bis zuletzt zu fesseln durch seine Ausführungen über die Reise, über Land und Leute, über evangelisches Leben, nicht zuletzt über die Siebenbürger diese Sachen in fernem Gebiet mit einer echt deutschen, evangelischen Art. Ob der Redner nicht vielen das Herz, was gemacht haben wird für tatkräftige Hilfe diesen schwer bedrängten und doch tapfer ringenden Glaubensgenossen gegenüber? Daß zu dem über Siebenbürgen gesprochenen Wort Frau Fabrikföhrer Profr. Nadebeul, am Klavier feinsinnig begleitet von Herrn Student Koch, Siebenbürger Lieber Jaug, dafür sind wir ganz besonders dankbar. Wie fein und zart, wie warm und erwidert waren ihre 8 der Versammlung gebotenenlieder; unter ihnen Siebenbürger Volkslieder, von Paul Hochbach gesammelt, vertont von Paul Wiesdorf! Wie erwidert in Text und Ton die Siebenbürger Volkshymne! Wie ernst mahndend das: „Sachs, halte Wacht!“ Und die Stimme der Sängerin erwiderte nicht; sie verstand es, mit ihrer Vortragskunst, jetzt mit ihrem pianissimo und dann wieder mit ihrer vollen Stimmkraft, die Hörer bis zum letzten Ton in Atem zu halten. Daß neben ihr der M. G. S. „Lieberhain“, der vier Lieber bot, seinen alten Ruhm in jeder Weise wahrte und mehrte, das ist bei seiner Leitung durch den Liebermeister, Herrn Kantor Poppe, nicht zu verwundern, ist für den Kundigen eigentlich ganz selbstverständlich. Wenn der Kurator des Pulsnitzer Gustav-Wolff-Frauenvereins zuletzt allen, die uns diesen Abend so inhaltsreich zu gestalten verstanden haben, recht herzlich dankte, so haben die Anwesenden wohl ohne Ausnahme solches Dankeswort freudig unterstrichen. Von verschiedenen Seiten ist es getadelt worden, daß der Versammlung keine Gelegenheit gegeben war, eine Gabe für die evangelischen Glaubensgenossen abzugeben. Aber der Abend sollte und wollte geben, nicht fordern. Am liebsten mag darauf hingewiesen sein, daß die Vorsteherinnen des einladenden Vereins jederzeit bereit sind, solche Gaben in Empfang zu nehmen und daß sie zur gegebenen Stunde ihre Bitte für die Siebenbürger werden laut werden lassen. Alles in allem: Wenn wir bald wieder zu solchem Gemeinabend kommen dürfen!

Pulsnitz. (Volksbildungabend.) Gibt es Volkstheater (über Sinnliche) Tatsachen? Darüber spricht am Montag (8 Uhr, Schule) Dr. Busch aus Dresden. — Das Singen findet diesmal wieder am Dienstag statt.

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird Sonntag, 22. Januar 1928 von Herrn Dr. med. Fuchs versehen.

Pulsnitz. (Sächs. Elbgangsängerbund) Um nach dem Ende des 10. Deutschen Sängerbundesfestes in Wien noch etwas länger mit dem Land und Leuten Deutsch-Oesterreichs bekannt zu werden, plant der Sächs. Elbgangsängerbund eine eigene Fahrt durch die schönsten Teile Steiermarks, Tirols und Vorarlbergs mit dem blaugrünen Bodenmeer durchzuführen. In vollen 10 Tagen wird es jedem Teilnehmer ohne die sonst übliche Hez vergönnt sein, solch herrliche Orte, die zum Teil mitten in der prächtigen Alpenwelt liegen, wie Graz, Ruffstein, Innsbruck, Rantweil, Bregenz, Meersburg, Insel Mainau, Konstanz, München kennen zu lernen und dabei Wissen und Erleben zu bereichern. Durch äußerst günstige Abschlüsse kann dieser große Bund die Fahrt zu dem billigen Preise von RM 85.— ausführen, wobei in diesem Preise alle Ausgaben für die Eisenbahn (1700 km) und Schiffsahrt, von Wien über obige Orte nach

Die Phoebe-Angelegenheit vor dem Reichstag

Dr. Schürhof über die wirtschaftliche Lage Oesterreichs — Starke südamerikanische Kritik an Coolidge Deutschland beteiligt sich nicht an der Mailänder Messe

Deutscher Reichstag

363. Sitzung vom Freitag, 20. Januar.

Ueberraschung.

Allgemein war man der Auffassung, die Freitagssitzung des Reichstags würde gleich „in medias res“ gehen, d. h. würde sich mit der Kritik auf die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler stützen. Allgemeiner Beachtung erfreute sich bereits längst vor seinem Erscheinen auf der Rednertribüne der sozialdemokratische Abgeordnete Severing, der nach seinem Eintritt vom Posten des preussischen Innenministers und seiner langen Krankheit zum erstenmal wieder erscheint. Auch General Groener war ein vielbeachteter neuer Gast. Severing sollte den Reigen der Aussprache über den Reichs-etat eröffnen — aber es kam anders. Der Reichskanzler nämlich wartete mit einer Ueberraschung auf, indem er sich gleich zu Beginn der Sitzung vom Reichstagspräsidenten das Wort erteilen ließ. Noch überraschender war aber das, was der Reichskanzler mitzuteilen hatte. Lange schon warteten wir auf eine Erklärung der Reichsregierung in der Phoebe-Angelegenheit. Es gingen da so allerlei Gerüchte durch die Presse, die schwere Anschuldigungen gegen das Reichswehrministerium enthielten. Jetzt gab Dr. Marx einige wenig erfreuliche Aufklärungen, aus denen man erzieht, daß mit Geldern gewirksam ist, die für die Zwecke, für die sie Verwendung fanden, eigentlich nicht vorgesehen sind. Die Enthüllungen des Reichskanzlers geben dann auch dem hohen Hause eine etwas unheilswangere Atmosphäre, aus der im Laufe der anschließenden Debatte einige scharfe Blitze zuckten.

Aber nach der Rede des Kanzlers geht's dann los. Herr Severing bringt seine Klage vor, und alle die anderen, die ihm folgen, rücken, je nach ihrer Einstellung zur Regierung, Beschwerden oder Anerkennung in den Vordergrund.

Reichskanzler Dr. Marx spricht.

Gleich nach Beginn der Reichstagsitzung am Freitag erteilte Reichstagspräsident Lobe dem Reichskanzler Dr. Marx das Wort. Der Reichskanzler äußerte sich zu der sogenannten Phoebe-Angelegenheit. Gewisse Maßnahmen der Marineleitung hätten ihm Veranlassung gegeben, den Staatsminister Sämisch mit der Aufklärung des Sachverhalts der

angeleglichen Subventionen der Phoebe-Alliengeseellschaft sowie der anderen wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der Presse erörtert worden seien, im Reichswehrministerium zu betrauen. Die eingehenden Untersuchungen hätten ergeben, daß ein Teil der Pressebehauptungen zuträfe, ein anderer Teil dagegen nicht zutreffend sei. Die Reichsregierung habe Maßnahmen getroffen, die die Wiederholung solcher Vorgänge verhindern sollten. Bei den Angelegenheiten, mit denen sich die Presse beschäftigt habe, handelt es sich im wesentlichen um Maßnahmen zugunsten der Phoebe-Film-Alliengeseellschaft und ferner um eine Verbindung des Reichswehrministeriums mit dem Berliner Bankverein, von dem die Marine Aktien übernommen und dem sie durch Bürgschaften große Kredite geleistet habe. Alle diese Behauptungen hätten sich als zutreffend erwiesen, allerdings mit der Maßgabe, daß die finanziellen Maßnahmen von dem Leiter der Seetransport-Verwaltung, dem Kapitän zur See Lohmann eingeleitet wurden mit Ausnahme der Bürgschaften.

Anfang 1925 seien die ersten Mittel für die Phoebe-Gesellschaft gegeben, am 26. März 1926 habe dann die Marine eine Bürgschaft für 3 Millionen Mark übernommen.

Die entsprechende Erklärung sei aber von dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, dem Reichswehrminister und dem Chef der Marineleitung gegenüber gegeben. Diese 3 Millionen seien von der Phoebe-Gesellschaft bis heute zur Hälfte zurückgezahlt.

Darüber hinaus aber habe Kapitän Lohmann für weitere Bürgschaften in Höhe von 3 529 000 Mark zu Lasten des Reichs die Unterschrift des Reichswehrministeriums ohne Genehmigung gegeben. Außerdem habe Kapitän Lohmann für 1,5 Millionen Mark Aktien des Berliner Bankvereins im Jahre 1925 gekauft, an denen das Reich bis jetzt einen Verlust von 675 000 M. gehabt habe und mit weiteren Verlusten zu rechnen habe. Alle Mittel, die für derartige Zwecke verwandt worden seien, seien jetzt erschöpft.

Die Reichsregierung erkläre diese Maßnahmen für durchaus

unzulässig. Es sei nicht richtig, daß Kapitän Lohmann große persönliche Geschäfte gemacht oder persönliche Vorteile gehabt habe. Um derartige Vorkommnisse aber für alle Zukunft zu verhindern, sei eine Kontrollkommission aus Vertretern des Reichswehrministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes eingesetzt, die die Finanzverwaltung des Reichswehrministeriums prüfe. Auf einen Zwischenruf teilte der Kanzler noch mit, daß gegen Kapitän Lohmann vom Reichswehrministerium ein Verfahren eingeleitet sei.

Die große politische Aussprache.

Zu Beginn der großen politischen Aussprache des Reichstags hielt der frühere preussische Innenminister und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Severing eine Rede, in der er sich nur oberflächlich mit dem Etat und den Ausführungen des Reichsfinanzministers beschäftigte. Er griff die Besoldungsordnung an, übte scharfe Kritik an der Länderkonferenz und richtete scharfe Angriffe gegen den württembergischen Staatspräsidenten Bazille. Severing forderte, um die Homogenität zwischen Reich und Preußen herzustellen, auch im Reich eine Umregierung. Der Schluß der Rede Severings war ein Appell für Neuwahlen.

Der neue Reichswehrminister General Groener

zum Wort, um folgendes zu erklären: Man könne von ihm nicht erwarten, daß er heute bereits auf die Angriffe, die Severing gegen die Reichswehr gerichtet habe, antworte; er könne sie aber nicht stillschweigend ins Land hinausgehen lassen. Er werde diese Angriffe prüfen und er werde zu gegebener Zeit darauf antworten.

Hg. Wallraf (Dnat.) weist darauf hin, daß die Parteien der Linken alle Geschwinde der auswärtigen und inneren Politik auf den einfachen Renner bringen, daß die Deutschnationalen Schuld seien. Dieser Feind sei zu vernichten. Ob das gelinge, würden die Wahlen zeigen. Er halte es für zwecklos, heute — wo man noch nicht annähernd den Zeitpunkt der Neuwahlen kenne — sich hier nach Art der homerischen Helden lange vor den Kämpfen gegenseitig zu schmähen. Auf dem Gebiete der Wirtschaft fordere der Redner in erster Linie Fürsorge für die Landwirtschaft. Die Frage der Neugliederung des Reichs und der Länder sei mit Schlagworten nicht zu lösen. Wichtiger als der Einheitsstaat sei die Reichseinheit. Für einen freiwilligen Verzicht der Länder auf ihre Selbstständigkeit werde der Weg zu ebnen sein. Der Redner tritt für

Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten

und des Reichstags zur Erschwerung von Regierungstrüben ein. Gegenüber der Ausgabebefugnis des Parlaments muß die Stellung des Finanzministers gestärkt werden. In dieser Forderung liege auch ein Bekenntnis zum Führergedanken gegenüber dem heutigen Massenkultus. Die Haltung der Linksparteien sei erfüllt von schreiendsten Widersprüchen. Man bezeichne das Volk als souverän und die Wahl als das Gericht des Volkes. Falle das Gericht aber nicht nach ihren Wünschen aus, dann müsse so oft und solange neu gewählt werden, bis ihr eigener Weizen bilde.

Der Redner wies auf die Befragung im Westen, auf die unfinnige Grenzziehung im Osten, auf die Davesleistungen hin. Die Deutschnationalen hätten von Locarno und dem Eintritt in den Völkerbund gewarnt. Die Tatsachen hätten ihnen recht gegeben. Wir dürften Deutschland nur noch dann binden, wenn lebenswichtige Vorteile für Deutschland völlig gesichert seien. Großer Beifall erklang, als der Abgeordnete Wallraf auf Rousseaus Wort „Wenn es ein Volk — von Göttern gebe, so werde es demokratisch regiert werden“ hinwies und die Linke aufforderte, aus diesem Wort den richtigen Schluß zu ziehen und dafür zu sorgen, daß der Unterschied zwischen Göttern und den Menschen in ihren Reihen nicht gar zu groß werde.

Hg. Hälmann (Komm.) bezeichnet die Rede des Reichsfinanzministers als eine demagogische Verdrehung der Tatsachen. Die Einnahmen, auf denen der Etat aufgebaut sei, seien aus den Knochen der Arbeiterschaft herausgehoben. Der Bourgeois wüßte dagegen hohe Staatssubventionen gewährt.

Hg. Dr. Cremer (D. Vpt.) sah in den Ausführungen des Reichsfinanzministers ein starkes Maß von Optimismus. Das von dem Minister gezeichnete Bild sei zu schön, um wahr zu sein.

Hg. Dr. Cremer (D. Vpt.) betonte weiter, daß es bedauerlich sei, daß die Mittel, die dringend für die östlichen Grenzgebiete benötigt werden, zugunsten Bayerns und Sachsens gekürzt wurden. In Sachsen habe man diese Mittel in einer dem ursprünglichen Zweck wenig entsprechenden Weise verwendet. Die im vorigen Jahre in den Finanzausgleich eingefügte Bestimmung, daß die Mehrüberweisungen zur Senkung der Real-

